

Viel zu wenig Pflege-Azubis – obwohl die Zahlen steigen

Die PflegeGesellschaft Rheinland-Pfalz vertritt mehr als 350 ambulante Dienste und 450 Seniorenheime. Im Interview mit der „Ärzte Zeitung“ berichtet Geschäftsführer Sebastian Rutten, was seit der Gründung vor fünf Jahren angepackt wurde.

DAS INTERVIEW FÜHRTE ANNE ZEGELMAN

ÄRZTE ZEITUNG: Herr Rutten, welche Effekte hätte die umstrittene Generallistik aus Ihrer Sicht?

SEBASTIAN RUTTEN: Die genauen Auswirkungen hängen von den noch ausstehenden Verordnungen ab. Uns ist daran gelegen, dass Pflegeeinrichtungen in der ohnehin schon angespannten Fachkräftesituation nicht das Nachsehen haben werden. Im jetzigen Entwurf bringt sie die Koordinierung vieler externer Praxiseinsätze mit sich. Das könnten insbesondere kleine und ambulante Einrichtungen vor Probleme stellen. Klärungsbedürftig ist auch die Finanzierungsfrage, da die bisher getrennten Ausbildungen von unterschiedlichen Kostenträgern refinanziert werden.

Eine weitere Forderung Ihrer Gesellschaft an die Landespolitik ist eine bessere Sterbebegleitung.

Rheinland-Pfalz hat eine engagierte Struktur aus ambulanten Hospizen- und Palliativberatungsdiensten. Etwa 480 Ärzte haben eine palliativmedizinische Zusatzqualifikation, die Hälfte davon ist ambulant tätig. Wenn nun aber 900 Pflegeeinrichtungen verpflichtend palliativpflegerische Leistungen sowie die zugehörigen Beratungen und Vermittlungen erbringen sollen, kann das nicht allein durch Kooperationen mit den bisherigen Kräften erbracht werden.

Als Spitzenverband vertreten Sie ambulante Dienste und Seniorenheime. Wie ist es um die personelle Situation dort momentan bestellt – und wie war es zur Gründung der PflegeGesellschaft vor fünf Jahren?

Der Mangel an Fachkräften hat sich in den letzten Jahren nicht entspannt; die Nachfrage steigt schneller als das Angebot. Es ist uns gelungen, die Aus-



Dringend benötigte Hilfe: 300 offene Ausbildungsstellen gibt es aktuell in der Pflege in Rheinland-Pfalz. © CHW / FOTOLIA.COM

Sebastian Rutten

- **Der Rechtsanwalt** ist 39 Jahre alt.
- **Seit 2013** ist Rutten Geschäftsführer der PflegeGesellschaft Rheinland-Pfalz.
- **Er ist Lehrbeauftragter** der katholischen Hochschule Mainz für Pflegeversicherungsrecht.



© PRIVAT

bildungszahlen in der Altenhilfe um über 20 Prozent zu steigern. Auch Bemühungen um ausländische Fachkräfte werden unternommen. All das hilft vielleicht dabei, die Symptome zu lindern, heilt aber nicht alleine das Problem.

Machen Sie die Steigerung der Ausbildungszahlen seit 2011 allein an Ihren Imagekampagnen fest?

Pflege ist im Rahmen des demografischen Wandels in den letzten Jahren zunehmend als gesamtgesellschaftliches Thema wahrgenommen worden. Weiterhin haben wir 2014 vor der Landesschiedsstelle endlich die dringend notwendige Refinanzierung der Praxisanleiter erwirkt und Personalschlüssel verbessert. Auch die Verbesserung der Investitionskostenfinanzierung war längst überfällig.

Wie viele Auszubildende in der Pflege gibt es aktuell in Rheinland-Pfalz? Und wie viele würden gebraucht?

Zum Schuljahr 2015/2016 gab es in der Altenhilfe in Rheinland-Pfalz nach uns vorliegenden Informationen insgesamt rund 4100 Auszubildende und knapp 300 offene Ausbildungsstellen. Die derzeitigen Prognosen zeigen bis 2020 im Bereich der Pflege keine Entspannung.

Sehen Sie sich in einem Wettbewerb

zu den Kommunen?

Noch nicht, und das hat der Bundesgesetzgeber auch nicht gewollt. Kommunen haben die Aufgabe, im Rahmen der öffentlichen Daseinsfürsorge einen fördernden Rahmen für die darauf ausgerichteten Angebote zu schaffen. Vorrang in der Leistungserbringung haben aber freigemeinnützige und private Träger. Das muss klar sein. Nur so entsteht für die Kommune kein Interessenkonflikt als Träger der Daseinsfürsorge einerseits und Kostenträger der örtlichen Sozialhilfe andererseits.

Die PflegeGesellschaft Rheinland-Pfalz war für die Arbeitgeberseite an der Gründung der Pflegekammer beteiligt. Wie eng wird die Zusammenarbeit zwischen Kammer und Arbeitgebern künftig? Und was entgegen Sie den Gegnern der Kammer?

Ein erstes Spitzengespräch hat schon stattgefunden und ein konstruktiver Dialog wurde angestoßen. Die PflegeGesellschaft hat sich hinsichtlich der Vor- und Nachteile einer Kammer aufgrund eines heterogenen Meinungsbildes innerhalb der Verbände politisch neutral aufgestellt. Wir haben uns immer als offener Partner für alle Akteure verstanden, die sich für Perspektiven und positive Entwicklungen in der Pflege einsetzen. Und das wird auch so bleiben.

RHEINLAND-PFALZ

Honorare: Einigung nach zähem Ringen

MAINZ. Nachdem der Verband der Ersatzkassen (vdek) am Dienstag ein Honorarplus von mehr als drei Prozent für rheinland-pfälzische Haus- und Fachärzte bekannt gegeben hat, meldet sich auch die KV Rheinland-Pfalz zu Wort. Die Einigung sei „nach zähem Ringen“ erreicht worden, heißt es dort.

Die KV gibt außerdem weitere Details bekannt. Demnach wird der regionale Punktwert um 1,6 Prozent erhöht und beträgt nun 10,436 Cent. Zur Berücksichtigung der Veränderung der Morbiditätsstruktur wird die morbiditätsbedingte Gesamtvergütung (mGV) um 1,7897 Prozent gesteigert. Narkosen im Rahmen der zahnärztlichen Behandlung von Patienten mit eingeschränkter Kooperationsfähigkeit werden außerhalb der mGV vergütet.

Bisher vereinbarte extrabudgetäre Leistungen werden sämtlich fortgeführt, genauso wie die extrabudgetäre Förderung von besonderen Leistungsbereichen in Höhe von 0,35 Prozent der mGV. Außerdem werden die Wegepauschalen für Hausbesuche um zwei Prozent erhöht. (aze)

MECKLENBURG-VORPOMMERN

Einheitliches Krebsregister kommt

SCHWERIN. Der Sozialausschuss im Landtag von Mecklenburg-Vorpommern hat den Weg für ein neues Krebsregistrierungsgesetz freigemacht, es soll bei der kommenden Landtagssitzung verabschiedet werden. Derzeit erfolgt die Datenregistrierung im Nordosten noch auf verschiedenen Rechtsgrundlagen und an verschiedenen Stellen. Das neue Gesetz soll die Erfassung vereinheitlichen, damit etwa mögliche Doppelmeldungen vermieden und der Datenaustausch mit anderen Bundesländern vereinfacht werden können. Es sieht auch die Einrichtung eines wissenschaftlichen Beirats vor. Auf Grundlage des Krebsfrüherkennungs- und registrierungsgesetzes von April 2013 müssen bis 2017 in ganz Deutschland klinische Krebsregister eingerichtet werden. (di/aze)

Endoprothesenregister könnte Wechsel-Op ersparen

NEWS **STUTTGART.** Pro Jahr könnte schätzungsweise 10 000 Menschen mit künstlichem Knie- oder Hüftgelenk eine Wechsel-Operation erspart, wenn es in Deutschland ein verpflichtendes Endoprothesenregister (EPRD) gäbe. Darauf weist die Deutsche Gesellschaft für Endoprothetik (AE) hin. Auch die Krankenkassen würden laut AE etwa 100 Millionen Euro einsparen. „Die Erfahrungen aus anderen Ländern zeigen, welchen immensen Einfluss solche Register auf die Qualität der Versorgung haben“, sagt Professor Carsten Perka, Präsident der AE und Leiter des Centrums für Muskuloskeletale Chirurgie der Charité-Universitätsmedizin in Berlin. Bislang beteiligt sich etwa die Hälfte der infrage kommenden Kliniken am EPRD; die Teilnahme ist freiwillig. (eb)

Bundesverwaltungsgericht legt Gründe für Grundsatzurteil zu Cannabis-Eigenanbau vor

LEIPZIG. Zu seinem wegweisenden Grundsatzurteil zum Eigenanbau von Cannabis hat das Bundesverwaltungsgericht in Leipzig jetzt seine schriftlichen Gründe vorgelegt. Danach ist der Eigenanbau in aller Regel zu genehmigen, „wenn der Antragsteller an einer schweren Erkrankung leidet und ihm zur Behandlung der Krankheit keine gleich wirksame und für ihn erschwingliche Therapiealternative zur Verfügung steht“.

Wie berichtet hatte das Bundesverwaltungsgericht damit erstmals einem Patienten den Cannabis-Anbau zugebilligt. Der 52-Jährige leidet seit 30 Jahren an MS. Eine Alternative zur Schmerzbehandlung mit Cannabis besteht nach Überzeugung seiner Ärzte nicht. Für Medizinalhanf müsste er monatlich 1500

Euro aufbringen, was er nicht kann. Nach den Leipziger Urteilsgründen liegt in solchen Fällen der Eigenanbau betäubungsmittelrechtlich „im öffentlichen Interesse“. Wenn es keine anderweitigen Versagensgründe gibt, sei die Erlaubnis „zwingend“. Kranke könnten sich hier auf ihr Recht auf körperliche Unversehrtheit berufen.

Im Streitfall führe der Cannabis-Konsum „zu einer erheblichen Linderung“. Eine ähnlich wirksame Alternative gebe es nicht. Der Kauf von Medizinalhanf in der Apotheke scheide in diesem Fall aus Kostengründen ebenfalls aus. (mwo)

Bundesverwaltungsgericht
Az.: 3 C 10/14

Arzneimittel-Ausgaben in Sachsen gestiegen

DRESDEN. Sachsens niedergelassene Ärzte haben ihren Patienten im Jahr 2015 Medikamente im Wert von mehr als 2,5 Milliarden Euro verordnet. Das entspricht einer Steigerung um 3,4 Prozent beziehungsweise 80 Millionen Euro im Vergleich zum Vorjahr, wie der Verband der Ersatzkassen (vdek) in Sachsen mitteilte. Damit sei ein neuer Höchststand erreicht worden.

Im Durchschnitt wurden jedem Versicherten im Freistaat Arzneimittel im Wert von 675 Euro verschrieben. Damit liegt Sachsen laut vdek deutlich über dem Bundesdurchschnitt von 584 Euro. Die höchsten Kosten verursachten Immunsuppressiva, Präparate zur Behandlung von Diabetes sowie Herz-Kreislauf-Medikamente. (lup)